

# BESCHLUSS

der Landesvorstandssitzung der CDU Berlin

am 26. August 2022

Die Situation bei der Berliner Feuerwehr und den Rettungskräften ist dramatisch. Aufgrund der immer schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen geraten die Einsatzkräfte zunehmend an ihre Belastungsgrenze, oft gehen sie darüber hinaus. Allein beim Rettungsdienst musste im ersten Halbjahr 2022 rund 170mal der Ausnahmezustand (AZ Rettungsdienst) ausgerufen werden, also fast jeden Tag. Beispielsweise am vergangenen Wochenende waren von 140 Rettungswagen nur 80 verfügbar. Selbst dringlichste Einsätze konnten nur verspätet beschickt werden. Wenn der Ausnahmezustand zur Regel wird, läuft etwas gewaltig schief.

Schon seit Jahren richten sich die Beschäftigten mit eindringlichen Mahnungen und Hilferufen an die Berliner Innensenatorin und den Senat. Doch Maßnahmen, um die Notsituation bei der Berliner Feuerwehr und den Rettungskräften schnell und nachhaltig zu verbessern, bleiben weiterhin aus. Immer häufiger steht in ganz Berlin kein Rettungswagen zur Verfügung. Wenn es um Leben und Tod geht, darf keine weitere Zeit verschwendet werden.

Die CDU Berlin schlägt daher folgende Maßnahmen vor, um die Berliner Feuerwehr rasch und nachhaltig zu stärken:

**Gemeinsame zentrale Leitstelle des Rettungsdienstes, des ärztlichen Bereitschaftsdienstes der kassenärztlichen Vereinigung Berlin sowie für alle Krankentransporte**

Die **Leitstelle muss personell und organisatorisch gestärkt** werden, um dort eingehende Anrufe hinsichtlich ihrer medizinischen Wichtigkeit/Dringlichkeit einzuschätzen und zu überprüfen, welche weiteren unmittelbaren Maßnahmen getroffen werden müssen. Hierfür müssen in Abstimmung mit der Praxis notwendige Änderungen des Rettungsdienstgesetzes (RDG) auf den Weg gebracht werden.

In Berlin haben der ärztliche Bereitschaftsdienst der kassenärztlichen Vereinigung (Tel. 116117) und der Rettungsdienst (Tel. 112) unterschiedliche Leitstellen. Anrufer der 112 erhalten fast immer einen Rettungswagen, auch wenn er häufig nicht nötig

ist und die Auslastung erheblich erhöht. Anrufer können vom KV-Dienst einen ärztlichen Hausbesuch oder telefonisch eine medizinische Beratung erhalten. Darüber hinaus **muss** schnellstmöglich eine **Krankentransportleitstelle** entsprechend § 8 Abs. 2 RDG eingerichtet werden.

Die Zusammenführung dieser drei Angebote in einer **zentralen Leitstelle** und die **Verwendung intelligenter und evidenzbasierter Abfragesysteme** sowie eine **Priorisierung der Einsätze nach den Kategorien „Lebensgefahr“, „Gesundheitsgefahr“ und „Abklärung“** würde dazu beitragen, dass das Personal des Rettungsdienstes wieder verstärkt für die wirkliche Notfallrettung eingesetzt werden würde und weniger an Belastungsgrenzen kommt. Das schont die knappen Ressourcen in der medizinischen Notfallversorgung, senkt die Pro-Kopf-Belastung und motiviert zudem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit einer **gemeinsamen Leitstelle** und der dort erfolgenden niedrigschwelligen medizinischen Beratung könnte der Einsatz der unterschiedlichen Rettungsfahrzeuge effizient und der medizinischen Situation angemessen koordiniert und durchgeführt werden. Auf diese Weise könnte dann je nach Bedarf Taxi, Krankentransport, KV Arzt/Ärztin, Rettungswagen (RTW) oder RTW und Notarzteeinsatzfahrzeuges (NEF) folgen. Die kassenärztliche Vereinigung muss hierzu das bestehende Notdienst-Angebot und den ärztlichen Bereitschaftsdienst ausbauen, um ein schnelles Eintreffen der medizinischen Hilfe insbesondere außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten – auch an Wochenenden sicherstellen zu können.

Darüber hinaus muss die **Haftung** für die Priorisierung und Verteilung von Einsätzen durch die Leitstelle **rechtssicher organisiert werden**. Haftungsrisiken müssen von breiten Schultern und nicht einzelnen Beschäftigten getragen werden.

Die Arbeit des **Beirats für den Rettungsdienst** muss zudem mit dem Ziel einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Leitstelle **gestärkt und intensiviert werden**.

## Besetzung von Rettungswagen & Notarzteinsetzungsfahrzeuge optimieren

Die Besetzung eines Notarzteinsetzungsfahrzeuges (NEF) bei der Notfallrettung mit mindestens einem Notfallsanitäter und einem Notarzt sollte mit Blick auf den parallel im Einsatz befindlichen Notfallsanitäter im Rettungswagen (RTW) kritisch geprüft werden. Der Einsatz qualifizierter und erfahrener Rettungssanitäter als Fahrer für das NEF stärkt die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Einsatzkräften (Notfallsanitäter) für die Besetzung weiterer Einsatzmittel (RTW) in Berlin. Hierfür muss das Rettungsdienstgesetz entsprechend angepasst werden.

## Stärkung des Rettungsdienstes

Wir fordern mindestens **zwölf zusätzliche Rettungswagen mit einer Ausstattung von 150 Stellen**. Zudem wollen wir in Berlin eine **Sanitätsmotorradstaffel** nach dem Vorbild von Bayern oder Österreich einrichten. Diese sollte insbesondere auch bei Einsätzen der Priorität 3 zur Abklärung eingesetzt werden. Auch der Einsatz von „Erkundern“ bzw. sog. „**NotSan-Erkundern**“ wie zu Beginn der Corona-Pandemie in Berlin kann zu einer Entlastung der Notfallrettung, aber auch von weiterführenden Versorgungseinrichtungen führen.

## Arbeitserleichternde Technik

Die Tätigkeit der Rettungssanitäter ist anspruchsvoll und körperlich belastend, sodass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits frühzeitig aus dem Dienst ausscheiden. Technische Hilfsmittel wie **elektrische Tragen und Einzugssysteme im Rettungsdienst** können die Arbeit für Rettungssanitäter deutlich erleichtern und müssen weiter optimiert werden. Der Senat ist aufgefordert, mit den entsprechenden Verbänden, Institutionen und Dienstleistern einen Runden Tisch zur **optimalen Ausstattung des Rettungsdienstes mit „arbeitserleichternder“ Technik** durchzuführen. Die Musterausstattung eines „RTW Berlin“ ist klar zu definieren und in der Praxis allgemein umzusetzen.

## Rettungskräfte schützen

Angriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Sicherheit, unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und vor allem auf unsere Werte. Wir können sie als CDU weder akzeptieren noch tolerieren. Für uns gilt: Wir müssen diejenigen schützen, die uns alle schützen. Deswegen muss die **Tätigkeit der Rettungskräfte** als ebenso **gefährdend** eingestuft werden, wie die Tätigkeit der Vollzugskräfte von Polizei und Justiz, um so auch den Einsatzkräften der Berliner Feuerwehr denselben aktiven und passiven behördlichen **Rechtsschutz** zu gewähren wie den Vollzugskräften von Polizei und Justiz. Der Einsatz von Bodycams muss umfassend und rechtssicher ermöglicht werden.

Zur Eindämmung der zunehmenden Gewalt gegenüber Rettungskräften muss sowohl die Kampagne „Respekt? Ja bitte“ fortgeführt als auch Präventionsmaßnahmen wie z. B. verstärktes Deeskalationstraining gestärkt und mehr Selbstverteidigungskurse für die Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz angeboten werden. **Wer Einsatzkräfte angreift, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.**

## Verbesserung der Personalausstattung, der Personalgewinnung und der Arbeitsbedingungen

Der Berliner Rettungsdienst leidet unter einem erheblichen Personalmangel:

6,4 % der Stellen sind unbesetzt. Das liegt einerseits an der hohen Belastung sowie andererseits an den unattraktiven Arbeitsbedingungen. Nur Wenige üben diesen anspruchsvollen Beruf uneingeschränkt über das 50. Lebensjahr hinaus aus und werden dann von der Frührentierung bedroht. Deswegen bedarf es auch regelmäßiger Vorsorgekuren für Körper und Geist neben einer effektiven **Belastungsreduzierung**, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Beruf halten sowie neue Nachwuchskräfte dazu gewinnen zu können. Zudem fordern wir den Senat auf, eine Einsatzpauschale für den Rettungsdienst einzuführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Erkenntnisse der eingerichteten **Task Force zur Verbesserung der Situation im Rettungsdienst**, z.B. die Planung versetzter Schichtenden im Rettungsdienst zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Rettungswagen, schnellstmöglich in die Praxis überführt werden. Hierbei ist insbesondere eine Neubündelung der Dienstposten und Dynamisierung des Laufbahnübergangs vorzunehmen.

Darüber hinaus müssen den Auszubildenden zum Notfallsanitäter frühzeitig verbindliche **Laufbahnoptionen und berufliche Perspektiven** aufgezeigt werden. Hierzu wollen wir die Feuerwehrlaufbahnverordnung anpassen.

### Wertschätzung der Freiwilligen Feuerwehr

Neben der Berufsfeuerwehr erbringen die Freiwilligen Feuerwehren einen wichtigen Dienst. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren arbeiten ehrenamtlich, um Leben und Gesundheit sowie Hab und Gut ihrer Mitmenschen zu schützen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und sind unverzichtbare Stützen im täglichen Einsatzdienst, während Ausnahmezuständen und im Katastrophenschutz. Dies verdient unsere Anerkennung und Respekt. Deswegen fordern wir, die **Aufwandsentschädigung** der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr in Berlin von 3,50 Euro je Zeitstunde **deutlich zu erhöhen**. Wir setzen uns außerdem für die **Einführung einer Feuerwehrrente** ein, die nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst gezahlt werden soll. Eine solche Rente betrachten wir nicht nur als Wertschätzung für den geleisteten Einsatz, sondern auch als Motivation, sich weiterhin in dieser umfangreichen Weise für das Allgemeinwohl und für Menschen in Not einzusetzen. Darüber hinaus wollen wir eine **öffentlichkeitswirksame Image- und Werbekampagne** zur Gewinnung von Freiwilligen initiieren und endlich für eine **bedarfsgerechte Ausstattung** sorgen. Der Landesfeuerwehrverband ist für uns dabei als Sprachrohr der Beschäftigten und als Mittler zwischen der Politik und den Belangen der Feuerwehren ein wichtiger Partner auf Augenhöhe. Deshalb fordern wir, den Feuerwehrverband zukünftig mit einem jährlichen Betrag von mindestens 200.000 Euro finanziell zu unterstützen. Die

Arbeit der Fördervereine der Freiwilligen Feuerwehren ist wertzuschätzen und zu fördern.

### Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehruzulage

Um die Berliner Feuerwehr als Arbeitgeber attraktiver zu machen und eine Abwanderung in andere Bundesländer zu verhindern, muss die **Feuerwehruzulage deutlich** über das bisherige Niveau hinaus **erhöht** werden. Zudem muss deren Ruhegehaltsfähigkeit wieder eingeführt werden.

### Sonder-Sanierungsprogramm für die Liegenschaften der Feuerwehr

Unsere Einsatzkräfte brauchen gute Arbeitsbedingungen, hierzu zählen neben den notwendigen Einsatzmitteln und Fahrzeugen vor allem auch moderne und gut ausgestattete Wachen. Der erhebliche Sanierungsstau von 331 Millionen Euro bei den Liegenschaften der Berliner Feuerwehr muss schnellstmöglich abgebaut werden. In Anbetracht des immensen Sanierungsstaus und der explodierenden Baukosten sind die durch die Koalition bereitgestellten 21 Millionen Euro pro Jahr für die Jahre 2022 und 2023 definitiv nicht ausreichend. Es bedarf einer klaren Priorisierung und eines **umfangreichen Sonderinvestitions- und Sanierungsprogramms**, das den katastrophalen Zuständen in den Feuer- und Rettungswachen Rechnung trägt. Bröckelnde Fassaden, Rohrbrüche, Regenundichtigkeiten, Schimmel und unwürdige Sanitärräume sollen endlich der Vergangenheit angehören. Bei Neubau und Sanierung von Wachen ist möglichst die Schaffung von Wohnraum für die Kräfte der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr mit einzuplanen. Auch das ist eine Frage des Respekts und der Wertschätzung gegenüber unseren Einsatzkräften. Außerdem muss der weitgehend überalterte Fuhrpark der Berliner Feuerwehr, insbesondere im Bereich der Löschhilfefahrzeuge, so schnell wie möglich erneuert und der Einsatz der Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO) dauerhaft gesichert werden. Dazu gehört auch die Beschaffung von geländetauglichen Allradfahrzeugen für die Berliner Feuerwehr, die für den Einsatz in überfluteten Straßenbereichen, Waldgebieten oder auf Wiesen unerlässlich sind.

## Prüfung und Sicherung von Liegenschaften für die Gefahrenabwehr

In Hinblick auf den massiven Zuzug und Wohnungsneubau in Berlin müssen alle Grundstücke des Landes, der Bezirke und landeseigener Unternehmen daraufhin geprüft werden, ob sie für den Bau von erforderlichen weiteren Feuer- oder Stützpunktwachen geeignet sind und wie sie ggf. für die Zukunft gesichert werden können. Für **jeweils 1.000 neu geschaffene Wohnungen** ist parallel ein **Rettungsdienststützpunkt** zu errichten. Die Einhaltung der selbstgesteckten Schutzziele ist nur durch eine dem Wachstum der Stadt angepasste einsatztaktische Planung **neuer Stützpunkte** zu erreichen. Ebenso gilt zu beachten, dass auch der Rückbau oder die Beschränkung von Straßenverkehrswegen negative Auswirkungen auf den Erreichungsgrad der Schutzziele hat und möglichst zu unterlassen ist.

## Digitale Vernetzung vorantreiben

Die **digitale Vernetzung von Leitstelle — Rettungsdienst — Krankenhaus** muss ausgebaut und in einem einheitlichen Standard in allen Fahrzeugen zur Verfügung stehen. Der interdisziplinäre Versorgungsnachweis IVENA ist in Berlin seit April 2018 in Nutzung und hilft bei der Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhaus. Mit IVENA können dem Rettungsdienst Krankenhauskapazitäten angezeigt werden und dem Zielkrankenhaus Patienteninformationen frühzeitig übermittelt werden. Diesen Ansatz gilt es unter Einbeziehung der Leitstellen weiter auszubauen. Zudem könnte ein Anfahrtsmonitor in den Krankenhäusern per Live-Routing Informationen über die aufgenommenen Patienten übertragen und dergestalt eine schnellere und zeitsparende Überstellung der Patienten in die Krankenhäuser ermöglichen.

Auf diese Weise lässt sich auch die Evaluierung und Nachverfolgung von Fällen durch einen stetigen elektronischen Austausch mit den Krankenhäusern verbessern. Dies klappt aktuell leider häufig nicht.



## Telenotarzt-Angebote und Videosprechstunden ausbauen

Das bestehende **Telenotarzt-Angebot** muss im Rahmen des Aufbaus der zentralen Leitstelle ausgebaut und der **Zugang für die Retter vor Ort verbessert** werden. Auf diese Weise kann die ärztliche Unterstützung der Einsatzkräfte in vielen Fällen auch ohne Nachalarmierung eines Notarzteinsatzfahrzeuges sichergestellt werden.

Für nicht lebensbedrohliche Situationen ist zudem ein niedrigschwelliger Zugang zu einem **Videocall/Videosprechstunde** mit einem Arzt oder einer medizinischen Fachkraft in Deutsch und ausgewählten weiteren Fremdsprachen zur Abklärung einzurichten. Dieses Angebot soll technisch an die gemeinsame Leitstelle gekoppelt werden.

## Angebote für fremdsprachige Communitys

Internationale Gäste oder Studierende, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, in unserer Stadt kennen häufig den Aufbau des deutschen Gesundheitswesens nicht (z.B. Haus-/Facharztsystem) und sind andere Hilfsleistungssysteme aus ihren Herkunftsländern gewohnt. Hier gilt es, multilingual in die fremdsprachigen Communitys hineinzuwirken. Das gleiche gilt für die Schaffung einer **Videocall-Möglichkeit in Fremdsprachen**. Dafür gilt es, ein Konzept zu erstellen und Erfahrungen aus entsprechenden Pilotprojekten einfließen zu lassen.

## Langfristige Hebung der Gesundheitskompetenzen in der Berliner Bevölkerung und Entlastung des Rettungsdienstes

Obwohl in den vergangenen zwei Jahren viel über Gesundheitsschutz während der Corona-Pandemie gesprochen wurde, ist dennoch festzustellen, dass in großen Teilen der Bevölkerung die Kompetenz sinkt, sich in einfachen Fällen selbst zu helfen und die jeweils vorliegende gesundheitliche Gefährdung zwar vorsichtig, doch realistisch abzuschätzen. Häufig wird über die 112 der Rettungswagen gerufen, obwohl keine Notfallversorgung notwendig ist. Diese Einsätze blockieren dann die

Fahrzeuge für tatsächliche Notfälle, die lebensbedrohlich sein können. Wenn die Zahl der nicht-bestimmungsgemäßen Alarmierungen sinkt, kann das auch zu einer Entlastung der Beschäftigten beitragen.

Die Themen Gesundheit, Gesundheitsschutz, Brandschutz und erste Hilfe müssen daher wieder stärker in den Fokus der Stadtgesellschaft gebracht werden. In Schule und Kindergarten, aber auch Volkshochschulen, müssen mehr Angebote zur **Gesundheits**erziehung geschaffen werden. Auch die Bedeutung der Ersthelfer am Arbeitsplatz soll angehoben werden. **Kooperationen mit den Trägern in Gesundheit und Katastrophenhilfe** wie THW, DRK, Johanniter, Malteser, ASB, DLRG, den Freiwilligen Feuerwehren etc. sollen gefördert werden. Diese Maßnahmen dienen nicht nur dem allgemeinen Gesundheitsschutz, sondern können auch Interesse wecken und wertvolle Anstöße für die berufliche Orientierung geben und damit die Nachwuchsgewinnung für alle Berufe im Gesundheitswesen unterstützen.

Die Integration der oben genannten Themen in den Schulunterricht soll eine gesunde Basis der Selbsthilfe schaffen. Darüber hinaus müssen nachhaltige Konzepte entwickelt und gefördert werden, damit dieses Basiswissen auch nach der Schulzeit nicht verloren geht. Dabei könnte auch ein Wettbewerb, ähnlich der Helfenden Hand des Bundesministeriums für Inneres hilfreich sein.

Wenn beim Notruf aufgrund hoher Auslastung eine Warteschleife entsteht, sollen die Wartenden per Band darüber informiert werden, dass der Hausarzt oder der ärztliche Bereitschaftsdienst der kassenärztlichen Vereinigung zu kontaktieren ist, wenn es sich nicht um einen Notfall handelt.